



**„Energiekonsens im Lande“:
Die Gründung des Forum
für Zukunftsenergien e.V.**

Dr. Wolfgang Dierker



**„Energiekonsens im Lande“:
Die Gründung des Forum für
Zukunftsenergien e.V.**

Dr. Wolfgang Dierker

Das Forum für Zukunftsenergien - ein Instrument des politischen Interessenausgleichs

Dr. Annette Nietfeld

Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Sommer 1989 wurde das Forum für Zukunftsenergien als branchenübergreifende und –neutrale sowie politisch unabhängige Institution aus dem damaligen Bundeswirtschaftsministerium heraus gegründet. 2019 konnte es also sein 30-jähriges Bestehen feiern. Damit verbunden war der Umstand, dass die



einschlägigen Akten des Bundeswirtschaftsministeriums, die im Bundesarchiv Koblenz lagern, aufgrund des Fristablaufs freigegeben wurden und eingesehen werden können. Diesen Sachverhalt hat der Historiker Dr. Wolfgang Dierker genutzt und sich in seiner knapp bemessenen Freizeit darum bemüht, Anlass und Motivation der damaligen Bundesregierung ausfindig zu machen, die zur Gründung des Forum für Zukunftsenergien führten. Das Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit von Herrn Dr. Dierker haben wir dazu genutzt, um mit einigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens darüber zu diskutieren, inwiefern das Forum für Zukunftsenergien die gesetzte Aufgabe, als ein Instrument des gesellschaftspolitischen Interessenausgleichs zu fungieren, erfüllt hat, welche weiteren Instrumente des politischen Interessenausgleichs es inzwischen gibt und wie deren Funktion zu bewerten ist. Beides, der wissenschaftliche Aufsatz von Herrn Dr. Dierker und die Zusammenfassung der Diskussion, liegt mit dieser kleinen Broschüre nun vor und gerne legen ich Ihnen die Lektüre ans Herz. Ohne allzu viel vorwegnehmen zu wollen, lasse ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, schon vorab gerne wissen, dass das Forum für Zukunftsenergien der Regierung Kohl seinerzeit auch als ein Instrument des Machterhalts dienen sollte und darüber hinaus der Überzeugung entsprang, dass es eine allgemein gültige Definition dessen, wie eine Energieversorgung der Zukunft aussehen sollte, nicht geben könne. Heute –mehr als dreißig Jahre später– hat sich das Forum für Zukunftsenergien emanzipiert. Es ist unabhängig von jeglicher politischer Einflussnahme und schon lange kein Instrument einer Bundesregierung mehr. Vielmehr versteht es sich als ein Forum für seine Mitglieder und bietet ihnen die Möglichkeit, energie-

wirtschaftliche und –politische Themen sachorientiert zu diskutieren und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Mal generell, mal sehr spezifisch: Ganz im Sinne des Gründungsvorstandes Dr. Hans-Dieter Harig, der einmal wie folgt formulierte: „So wie das Forum scheitern muss, wenn es Vertretung von Gruppeninteressen sein will, so wird es auch scheitern, wenn seine Mitglieder versuchen, die Wahrnehmung ihrer Interessen durch das Forum durchzusetzen. Die Mitglieder sollen das Forum als eine Plattform betreten, auf der ein Dialog stattfindet und diesen Dialog möglichst in der Popper'schen Erkenntnis führen: „Keiner ist im Besitz der Wahrheit“. Darf man den Diskussionsteilnehmern Glauben schenken, hat es diese Aufgabe erfolgreich gemeistert. Für seine äußerst arbeitsintensive Recherche und die Abfassung seiner Erkenntnisse danke ich Herrn Dr. Wolfgang Dierker sehr herzlich. Ich freue mich darüber, dass er sich diesen Mühen unterzogen hat und stelle fest, dass er damit einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die Möglichkeiten des politischen Interessenausgleichs geleistet hat.

Dr. Annette Nietfeld,
Berlin, im Oktober 2022

Inhalt

1. Vorwort

- *Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V.*..... 3

2. Portrait des Autors..... 9

3. „Energiekonsens im Lande“:

Die Gründung des Forum für Zukunftsenergien

- *Dr. Wolfgang Dierker, Managing Director, Policy & Strategy für Apple Central Europe*..... 11

4. Instrumente des politischen Interessenausgleichs – Zusammenfassung einer abendlichen Debatte..... 33

5. Teilnehmer am Gesprächabend: Instrumente des politischen Interessenausgleichs..... 39



Dr. Wolfgang Dierker
Managing Director, Policy & Strategy für Apple Central Europe

Dr. Wolfgang Dierker ist Managing Director, Policy & Strategy für Apple Central Europe tätig. In dieser Funktion ist er für die Positionierung von Apple gegenüber Regierung, politischen Parteien und Wirtschaftsverbänden in Deutschland, Österreich und der Schweiz verantwortlich. Wolfgang Dierker ist seit Oktober 2020 in dieser neu geschaffenen Position tätig und hat seinen Sitz in Berlin. Seit 2010 ist Wolfgang Dierker überdies Lehrbeauftragter für Wirtschaft und Politik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Er forscht und publiziert zu zeithistorischen und politikwissenschaftlichen Themen, insbesondere zu politischer Interessenvertretung und Technologiepolitik. Vor seinem Wechsel zu Apple, war Wolfgang Dierker zehn Jahre für das US-amerikanische Technologieunternehmen General Electric (GE) tätig, wo er zunächst für Government Affairs in Deutschland und Österreich zuständig war und auch die Digitalpolitik für Europa verantwortete. Seit 2017 war er Vorsitzender der Geschäftsführung der GE Deutschland Holding GmbH. Von 2004 bis 2010 arbeitete Wolfgang Dierker bei Hewlett-Packard als Director of Government Affairs für Europa, den Nahen Osten und Afrika, und von 2001 bis 2004 beim Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM), wo er den Bereich Wirtschafts- und Innovationspolitik aufbaute. Zuvor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsinstituten tätig. Wolfgang Dierker hat Geschichte, Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Münster, Edinburgh, Bonn und Paris studiert und an der Universität Bonn in Zeitgeschichte promoviert. Er lebt mit seiner Familie in Berlin.

„Energiekonsens im Lande“: Die Gründung des „Forums für Zukunftsenergien“

Wolfgang Dierker

Einleitung

Wer in der deutschen Energiepolitik tätig ist, braucht ein dickes Fell. Wie wir unsere Energie, und insbesondere elektrischen Strom, erzeugen, verteilen und verbrauchen, ist zutiefst umstritten. Ob Atomkraftwerke weiterbetrieben, Erneuerbare Energien ausgebaut und die Kohleverstromung beendet werden, sorgt für Schlagzeilen und leidenschaftliche politische Debatten. Einschneidende Ereignisse wie der russische Angriffskrieg in der Ukraine verändern und beschleunigen politische Entscheidungen, wesentliche Grundzüge der energiepolitischen Debatte sind jedoch seit etwa vierzig Jahren unverändert. Das liegt an fundamentalen Zielkonflikten zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen und Überzeugungen. Denn die deutsche Energiepolitik insgesamt muss Belange des Klima- und Umweltschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit ausgleichen; konsequente Ziele und Maßnahmen sind gegen unterschiedlichste Sachzwänge und Interessengruppen nur schwer durchzusetzen.¹

Dieses Dilemma ist im Laufe der 1980er Jahre den energiepolitischen Akteuren in der Bundesrepublik bewusst geworden, und es war naheliegend, nach einer Vermittlung zwischen den widerstreitenden Überzeugungen und Interessen zu suchen. Diesem Ziel diente auch das am 15. Juni 1989 in Bonn gegründete „Forum für Zukunftsenergien“, eine bis heute bestehende Einrichtung für den energiepolitischen Dialog. Während kaum jemand ahnte, dass wenig später die Teilung der Welt mit dem Fall der Berliner Mauer enden würde, war die Erwärmung der Welt bereits ein bedeutendes politisches Thema. Der Klimawandel und die als notwendig erkannte Senkung der Treibhausgasemissionen stellten immer dringlicher die Frage nach der Energieversorgung der Zukunft. Die wachsende Skepsis gegenüber der Kernenergie nach bundesdeutschen Atomskandalen und dem Reaktorunfall von Tschernobyl, der Streit um Stromerzeugung aus importierter Steinkohle und die Förderung der erneuerbaren Energien polarisierten Öffentlichkeit und Politik. Das „Forum für Zukunftsenergien“ sollte als Institution für den Dialog und die Verständigung unterschiedlicher Anspruchsgruppen aus Politik, Unternehmen und Wissenschaft sorgen.

Bei der Gründungsveranstaltung rückte der stellvertretende Vorstand, Professor Carl-Jochen Winter, diesen Gedanken in den Mittelpunkt: „Energie-

¹ Hirschl, Bernd, Erneuerbare Energien-Politik. Eine Multi-Level Policy-Analyse mit Fokus auf den deutschen Strommarkt, Wiesbaden 2007, S. 177f.

konsens im Lande ist nicht wenig!“² Wenn alle relevanten Gruppen mit ihren Ideen und Argumenten zusammen kämen, könne der in Deutschland verloren gegangene Konsens in Energiefragen wieder gewonnen werden. Wenig später hieß es über das „Selbstverständnis des Forums für Zukunftsenergien“, man müsse radikale Positionen und gegenseitige Ablehnung durch sachlichen Dialog überwinden: „Wir leben in unserer demokratischen Gesellschaft [...] vom Willen und der Fähigkeit zum Konsens in Grundsatzfragen. Angesichts der globalen Folgen, die Fehlentwicklungen in der Energieversorgung haben können, gehört die Frage zukünftiger Energieversorgung mit Sicherheit zu den Grundsatzfragen“.³

Die folgenden Betrachtungen führen hinein in die politische Debatte um die Förderung der erneuerbaren Energien um das Jahr 1990. Sie stützen sich auf erstmals – seit Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist – zugängliche Akten der obersten Bundesbehörden im Bundesarchiv Koblenz, sowie auf zeitgenössische Medienberichterstattung und die wissenschaftliche Literatur.⁴ Dabei wird hier nicht der Anspruch gestellt, die bisherige Umwelt- und Energiegeschichte neu zu schreiben, oder eine umfassende Darstellung der politischen Entscheidungen dieser Jahre zu liefern. Es geht darum, an einem konkreten Beispielfall herauszuarbeiten, wie die Bundesregierung in den Jahren 1988/89 mit den Herausforderungen der aufziehenden Klima- und Energiekrise umging und dabei politische Konzepte fand, die bis heute prägend geblieben sind.

I.

Für die von Union und FDP getragene Bundesregierung waren 1987 und 1988 „verdrießliche Jahre“.⁵ Bundeskanzler Kohl galt nach Skandalen und politischen Niederlagen als geschwächt und orientierungslos. Während die Wiedervereinigung noch nicht absehbar war, verdichteten sich mit Skandalen, Koalitionskrisen und abnehmenden Zustimmungswerten die Anzeichen für eine Erschöpfung der politischen Dynamik.⁶ Einer der bedeutenden Konfliktpunkte lag seit den 1970er Jahren auf dem Feld der Umwelt- und Klimapolitik. Ihre drängende Problematik vermittelte sich den Mitlebenden durch persönliche Erfahrungen von Luftverschmutzung und Chemieunfällen,

² Rede von C.-J. Winter, „Zukunftsenergien und Forschung“, 15. Juni 1989, Archiv des Forums für Zukunftsenergien.

³ Selbstverständnis des Forums für Zukunftsenergien, Statement von Dr.-Ing. Hans-Dieter Harig, 25. Oktober 1990, Archiv des Forums für Zukunftsenergien.

⁴ Uekötter, Frank, Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2007.

⁵ Schwarz, Hans-Peter, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 384.

⁶ Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 961-1046.

aber ebenso durch eine emotionale und aufrüttelnde Publizistik, die häufig in dramatischen Appellen endete. „Ein Planet wird geplündert“ hatte der CDU-Politiker Herbert Gruhl sein Buch von 1975 betitelt, in dem er weitgehende politische Forderungen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stellte.⁷ Diese Diskussionen erhöhten schubweise den politischen Legitimations- und Handlungsdruck und führten zu politischen Entscheidungen als Reaktion auf tatsächliche und vermeintliche Gefährdungen.⁸

Eine gesellschaftliche Streitfrage ersten Ranges wurde die Zukunft der Atomkraft. Politische Skandale wie die illegalen Atommülltransporte durch die Hanauer Firma Transnuklear, die die Auseinandersetzungen um den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop und die Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf hielten Politik und Gesellschaft in Atem.⁹ Zwei Jahre vor den hier betrachteten Ereignissen, im April 1986, ereignete sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Sie führte die Risiken der Atomkraft noch einmal drastisch vor Augen und ließ den politischen Druck auf die Bundesregierung schlagartig steigen. Die Projekte in Hamm-Uentrop und Wackersdorf wurden aufgegeben, in der Bundesrepublik kein einziges Atomkraftwerk mehr fertig gestellt. Mit der Gründung des Bundesministeriums für Umwelt im Jahre 1986 versuchte die Regierung Kohl stattdessen, die Forderungen nach einem höheren Stellenwert von ökologischen Motiven in der Politik aufzunehmen und zugleich ihren Gestaltungsanspruch zu untermauern.¹⁰

In politischer Hinsicht manifestierte sich die gewachsene Bedeutung der Ökologie im Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen wie den Umweltgruppen und Bürgerinitiativen. Sie artikulierten das Veränderungsbedürfnis und stellten dabei mit radikal anmutenden Forderungen nach dem sofortigen Ende der Atomkraft und dem Ausstieg aus der fossilen Stromerzeugung die gewachsene Verteilung von Einfluss und Ressourcen in Frage. Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im Jahre 1983 und erneut 1987 erreichte die Umweltbewegung maßgebliche Erfolge auf Bundesebene, nachdem sich die grüne Partei bereits in den Ländern etabliert und Ende

⁷ Gruhl, Herbert, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt am Main 1975.

⁸ Wirsching, Andreas, Abschied vom Provisorium 1982-1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland), München 2006, S. 361-392; Rödder, Andreas, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, S. 76-79.

⁹ Uekötter, Umweltgeschichte, S. 35.

¹⁰ Radkau, Joachim/Hahn, Lothar, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013, S. 347-352; Jürgen Gros: Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis der CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982-1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik. Berlin 1998, S. 351-369; Abelshäuser, Werner, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2004, S. 342.

1985 eine erste Regierungsbeteiligung in Hessen gelungen war.¹¹ Gesellschaftliche Anliegen und politische Gestaltungsansprüche wie diejenigen der Umwelt- und Klimabewegung stellten die bisherigen Machtverhältnisse in Frage. Die Fähigkeit des politischen Systems zur Vermittlung und Integration neuer Interessen war herausgefordert.

Zu dieser Zeit schob sich mit dem Klimawandel – der Erwärmung der Erdatmosphäre infolge wachsender Treibhausgasemissionen - ein weiteres Umweltthema in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Im Herbst 1987 hatte der Bundestag eine Enquête-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ eingesetzt, die bereits ein Jahr später ihren ersten Zwischenbericht vorlegte.¹² Darin wurden die Zusammenhänge zwischen dem Ausstoß klimaschädlicher Gase vor allem durch die Nutzung fossiler Brennstoffe und der fortschreitenden Erwärmung der Erdatmosphäre klar benannt sowie erste Handlungsempfehlungen formuliert. Doch Papier war geduldig. Es schien, als wolle ein wachsender Teil der Bevölkerung heraus aus Atomkraft und Kohleverstromung, hinein in erneuerbare Energien und Umweltschutz, die regierenden Parteien aber nähmen diese Wünsche nicht wahr.¹³

Der Ausbau erneuerbarer Energien stand als Anliegen der Klima- und Umweltpolitik, aber auch als Baustein einer sicheren und bürgernahen Energieversorgung bereits seit Jahren auf der Tagesordnung. Seit den Ölkrisen der Jahre 1973 und 1979 forderten politisch Verantwortliche in der westlichen Welt, die Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren und alternative Energieressourcen auszubauen, darunter auch die regenerative Stromerzeugung.¹⁴ In ihren Anfängen waren die erneuerbaren Energien durch dezentrale, kleine Erzeugungsanlagen geprägt. Wer sie entwickelte und betrieb, sah sich häufig im Gegensatz zu herkömmlichen Versorgern, deren Geschäftsmodell überwiegend in der Stromerzeugung in konventionellen Großkraftwerken bestand. Technische Fortschritte im In- und Ausland begünstigten die Entwicklung und den Einsatz etwa von leistungsfähigen Windenergieanlagen. Die etablierte Stromwirtschaft und ihre Verbände blieben dagegen überwie-

¹¹ Falter, Jürgen/Klein, Markus, Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003; Raschke, Joachim, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993; Herbert, Geschichte, S. 979-986.

¹² Erster Zwischenbericht der Enquête-Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre, <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/032/1103246.pdf> (zuletzt aufgerufen am 14. August 2022); vgl. Kords, Udo, Tätigkeit und Handlungsempfehlungen der beiden Klima-Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages (1987-1994), in: Brauch, Hans Günter Hrsg.), Klimapolitik, Berlin 1996, S. 203-214.

¹³ Wirsching, Abschied, S. 208.

¹⁴ Bösch, Frank, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann. München 2019, S. 326-329.

gend ablehnend und verwiesen vor allem auf die Bedeutung einer verlässlichen und preiswerten Energieversorgung für Unternehmen und Haushalte. Der Durchbruch zur Förderung der Erneuerbaren, so die Überzeugung ihrer Befürworter:innen, war daher kein allmählicher und planvoller Prozess, sondern das Ergebnis eines grundsätzlichen Konflikts zwischen beiden Seiten in einer „grundlegende[n] Konkurrenzbeziehung“.¹⁵

Allerdings darf man Forderungen nach Unterstützung der erneuerbaren Energien nicht allein kleinen, unkonventionellen Erzeugern mit geringer politischer Einflusskraft zurechnen. Auch große deutsche Industriekonzerne waren im Bereich der erneuerbaren Energien tätig und engagierten sich in Erneuerbaren-Verbänden wie dem „Bundesverband Solarenergie“, in dem Unternehmen wie Bosch und Siemens, Bayer, Hoechst, MAN und AEG maßgeblich mitwirkten.¹⁶ Die erste privatwirtschaftliche „Verbändevereinbarung“ zur Einspeisung erneuerbaren Stroms war daher auch nicht von kleinen Wind- und Solarerzeugern ausgegangen, sondern von den Unternehmen und Verbänden der industriellen Kraftwerkswirtschaft, die sich für ihre Energieversorgung unabhängiger von den allgemeinen Versorgern machen wollten.¹⁷ Schließlich fand sich auch im Deutschen Bundestag eine heterogene Gruppe von Abgeordneten der Unionsfraktion und der Grünen zusammen, die teils aus klima- und energiepolitischen, teils aus standortpolitischen und ökonomischen Interessen das Stromeinspeisegesetz von 1991 auf den Weg brachte.¹⁸

Für die Regierung Kohl stand in der Energiepolitik insgesamt der Erhalt der eigenen Steuerungs- und Handlungsfähigkeit im Vordergrund. Politische Entscheidungen wurden gewöhnlich durch Beschlüsse der Führungsgremien von Partei, Regierung und Fraktion vorgeprägt, in enger Abstimmung mit den etablierten Verbänden durchgesetzt und dann im Bundestag zur Abstimmung gestellt. Die meisten Abgeordneten des Bundestags, durch ständige Sitzungen und Termine in großer Zeitnot und ohne

¹⁵ Hirschl, Erneuerbare, S. 556. Vgl. Heymann, Geschichte, S. 362; Neukirch, Mario, Die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (1974-2017), sozialpolitik.ch 1 (2018), S. 1-31.

¹⁶ Ergebnisbericht zur ordentlichen BSE-Mitgliederversammlung am 4. Mai 1988, Archiv des Forum für Zukunftsenergien.

¹⁷ Dagger, Steffen, Energiepolitik und Lobbying: Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2009, Stuttgart 2009, S. 70.

¹⁸ Kords, Udo, Die Entstehungsgeschichte des Stromeinspeisegesetzes vom 5.10.1990. Ein Beispiel für die Mitwirkungsmöglichkeiten einzelner Abgeordneter an der Gesetzgebungsarbeit des Deutschen Bundestages. Diplomarbeit, Berlin, FU 1993; Stefes, Christoph H., Energiewende: Critical Junctures and Path Dependencies Since 1990, in: Rüb, Friedbert W. (Hrsg.), Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik (ZfP Sonderband 6), Baden-Baden 2014, S. 47-70; Gründinger, Wolfgang, Drivers of Energy Transition. How Interest Groups Influenced Energy Policy in Germany, Wiesbaden 2017, S. 264-269.

fachlich versierte Stäbe, folgten für gewöhnlich den Vorgaben ihrer politischen Führung. Es kam gewissermaßen zu einer „Anpassung durch Überlastung“ (Norbert Blüm), die das Funktionieren der Regierungsmehrheit sichern half und auch vor populistischen Anträgen und Augenblicksstimungen schützte. Das Stromeinspeisegesetz konnte denn auch vor allem deshalb das Licht der Welt erblicken, weil seine wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen aus Sicht der Bundestagsmehrheit eher nebensächlich erschienen.¹⁹

Bis in das Frühjahr 1988 hinein hatte die Bundesregierung nur sehr zaghafte Schritte getan, aus ihrer grundsätzlichen Anerkennung der Bedeutung erneuerbarer Energien auch konkrete Politik zu machen.²⁰ Der gesellschaftspolitische Druck in der Debatte über Klima- und Umweltschutz hielt jedoch an, und so reagierten die Regierungsfractionen am 18. März 1988 mit der Einbringung einer Großen Anfrage „Förderung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen in Deutschland“. Sie sollte der Bundesregierung die Gelegenheit geben, in ihrer Antwort den Erneuerbaren bei aller Wünschbarkeit ein geringes Ausbaupotenzial in Deutschland zu bescheinigen und einer Subventionierung durch die Allgemeinheit eine Absage zu erteilen.²¹ Immerhin konnte das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) den Prüfauftrag für das später realisierte 100MW-Förderprogramm für die Windenergie unterbringen.²²

II.

Mit den Bemühungen um Einspeisevergütungen und Förderprogramme sowie der Großen Anfrage vom März waren erste wichtige Schritte zugunsten der erneuerbaren Energien getan worden, die immer auch dazu dienten, weitergehenden Forderungen innerhalb der Koalition die Spitze abzubrechen. Während sich das Bundesministerium für Forschung und Technologie unter Minister Heinz Riesenhuber, und mehr noch das neu gegründete Bundesumweltministerium von Klaus Töpfer für mehr Klimaschutz und Erneuerbare aussprachen, galt das Bundeswirtschaftsministerium unter den FDP-Ministern Martin Bangemann und später Helmut Hausmann als

¹⁹ Kords, Entstehungsgeschichte, S.21f.

²⁰ „Doch trotz aller Differenzen bestand unter den bundespolitisch relevanten Akteuren eine grundsätzliche Einigkeit darüber, dass den erneuerbaren Energien eine Rolle im Energiesystem zukommen sollte und dass die Nachhaltigkeit der Energiebereitstellung künftig neben das Billig/Sicher-Kriterium treten sollte“, Neukirch, Energiewende, S. 13.

²¹ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Förderung und Nutzung ‚Erneuerbarer Energien in der Bundesrepublik Deutschland‘“, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/11/026/1102684.pdf> (zuletzt aufgerufen am 14. August 2022), S. 23.

²² Ebd., S. 3.

Bastion der traditionellen Energiewirtschaft.²³ Die für Energiepolitik zuständige Abteilung III setzte sich im Austausch mit den entsprechenden Verbänden und Unternehmen vorrangig für Kohle und Atomenergie ein, ihr Leiter Ulrich Engelmann wechselte 1990 sogar als Lobbyist zu RWE.²⁴ Insgesamt orientierte man sich am Leitbild einer vorwiegend preiswerten und sicheren Energieversorgung, wie das Energiewirtschaftsgesetz bereits 1935 formuliert hatte, bewegte sich aber auf die Integration weiterer Zielkriterien wie vor allem der Ökologie zu.²⁵ Vorläufig jedoch könnten die regenerativen Energien keinen nennenswerten Beitrag zur Senkung der Emissionen im globalen Maßstab leisten und würden aufgrund ihrer hohen Kosten erhebliche Subventionen notwendig machen.²⁶

Maßgebliche Politiker der Koalition interpretierten den wachsenden umweltpolitischen Handlungsdruck als Folge davon, dass der „Energiekonsens“ im Land verloren gegangen war. Für diese Feststellung gab es gute Gründe; so stellten die Grünen in der Umweltpolitik offen die Machtfrage, und die SPD hatte nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beschlossen, im Fall einer Regierungsbeteiligung binnen zehn Jahren aus der Atomenergie auszusteigen.²⁷ In einer Pressekonferenz am 6. April 1988 zog der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ludwig Gerstein (CDU), daraus den Schluss, man müsse den verlorenen Energiekonsens durch die Gründung eines „Sachverständigenrats für Energie“ wiederherstellen. Der ehemalige Bergwerksdirektor und jetzt bedeutende Energiepolitiker der Koalition beklagte, der Umweltschutz habe mittlerweile einen höheren Stellenwert als die Versorgungssicherheit, und die seit den Ölkrisen der siebziger Jahre gemachten Vorschläge für den Ausbau der erneuerbaren Energien seien weitgehend überbewertet, während ihre Risiken zu wenig beachtet würden.²⁸

Die Ursache für diese Abkehr von einer von „Verantwortlichkeit und Kontinuität“ geprägten Energiepolitik sah Gerstein in den partikularen Interessen von Unternehmen, Forschungsinstituten und nicht zuletzt von Parteien wie den Grünen, denen es letztlich um „eine grundlegende Veränderung unseres gesellschaftlichen Systems, den Vorwurf der Ausnützung von

²³ Heymann, Windenergienutzung, S. 419-429; Hirschl, Erneuerbare, S. 128-130.

²⁴ Kordt, Entstehungsgeschichte, S. 81.

²⁵ Gaschnig, Hannes/Göllinger, Thomas, Das Zielkreiskonzept als Instrument zur Analyse und Kommunikation energiepolitischer Ziele, Siegen 2019, S. 3-6.

²⁶ Aufzeichnung von BMWi III D 5, 25.10.1988, BAB B 102/330040; Aufzeichnung von BMWi III C 5, 21.10. 1988, ebd. Vgl. Bösch, Zeitenwende, S. 327.

²⁷ Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 349.

²⁸ Erklärung des energiepolitischen Sprechers der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Pres-sidedienst vom 6. April 1988, BAK B 102/33039. Zur Rolle der CDU/CSU Bundestagsfraktion vgl. Küsters, Hanns Jürgen, Kanzlerfraktion unter Alfred Dregger, 1982-1991, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor, Bonn 2010, S. 161-179.

Industriemacht und Monopolstellungen“ und „die sehr fragwürdige Umstrukturierung der Wirtschaft und die Dezentralisierung im Energiebereich“ gehe.²⁹ Stattdessen bedürfe es eines objektiven Gesamtbildes, in dem alle Energieträger eine Rolle spielen und neue Formen der Energieerzeugung und Energieverwendung erforscht werden müssten. Eine Institution, die dies leisten könne, fehle aber. Stattdessen würde von Unternehmen und Forschern „die Angst vor tatsächlichen oder vermeintlichen Risiken verschiedener Energieversorgungsstrategien zunehmend sektoral zur Durchsetzung von Einzelinteressen genutzt“.³⁰

Der Vorstoß Gersteins musste als Kritik am Bundeswirtschaftsminister aufgefasst werden, dessen Führungsstärke in der Energiepolitik der CDU-Politiker wiederholt in Frage stellte.³¹ Zugleich entwickelte Gerstein seine Überzeugung im Sinne eines homogenen Politikverständnisses, wonach miteinander widerstreitende Einzelinteressen in der Energiepolitik nicht förderlich seien und durch eine „übergeordnete neutrale Auswertung und Wertung“ integriert werden müssten. Er forderte die Schaffung eines Sachverständigenrats für Energie mit einer unabhängigen Autorität ähnlich dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit seiner Hilfe, so Gerstein, werde sich wieder eine „möglichst weitgehende Objektivierung von Fragen der Energieversorgung“ erreichen lassen.³²

Die Vorschläge Gersteins hatten den Wirtschaftsminister direkt angesprochen, und bereits am Tag darauf erhielt er einen ausführlichen Vermerk, angefertigt von Ulf Böge, dem Leiter der Unterabteilung III D im BMWi.³³ Der Ökonom Böge hatte ursprünglich eine wissenschaftliche Karriere angestrebt, war dann aber nach 1972 über verschiedene Positionen in der Grundsatzabteilung, u.a. als Leiter einer Planungsgruppe für Minister Martin Bangemann, im Jahr 1987 in die Energieabteilung des BMWi gekommen. Anders als langjährige Mitarbeitende der Energieabteilung schien Böge, der später Präsident des Bundeskartellamts wurde, stärker ordnungs- und wettbewerbsökonomisch über die Zukunft der Energiever-

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd.

³¹ Im Mai 1989 kritisierte Gerstein Wirtschaftsminister Haussmann für dessen politische Schwäche in der Atom- und Kohlepolitik, was zu einer Beschwerde Haussmanns über den Politiker bei Bundeskanzler Kohl führte, BAK B 102/33040. Für seine Verdienste um einen parteiübergreifenden Konsens in der Energiepolitik hatte Gerstein 1985 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhalten, https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Gerstein (zuletzt aufgerufen am 14. August 2022).

³² Erklärung des energiepolitischen Sprechers der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Pres-sidedienst vom 6. April 1988, BAK B 102/33039.

³³ Vermerk von BMWi III D, 7. April 1988, BAK B 102/33039.

sorgung, über Umweltschutz, Kohlestrom und Atomkraft zu denken. Dabei war nach eigenem Bekunden das Bestreben wichtig, zwischen verschiedenen politischen Zielen zu vermitteln und nicht dem Umweltschutz allein alles unterzuordnen.³⁴

In seinem Vermerk bejahte Böge zunächst die energiepolitische Zielsetzung Gersteins, lehnte aber die Einrichtung eines „Sachverständigenrats für Energie“ ab, weil dies in der Öffentlichkeit als Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung aufgefasst werden würde. Seine Kommentare zu den Vorschlägen des CDU-Politikers verband Böge sodann mit einer grundsätzlichen Einordnung, wie Partikularinteressen in der Demokratie vermittelt werden. Er kritisierte die Feststellung Gersteins, es gebe keine „übergeordnete neutrale Auswertung und Wertung“, denn tatsächlich seien unterschiedliche Gutachten ein Ausdruck des „Wettbewerbs der Meinungen und Wertungen. Sie gehören zum demokratischen Willensbildungsprozess“. Ebenso bestritt er, dass es in der deutschen Energiepolitik an einer Bündelung der Einzelinteressen fehle: „Es ist geradezu primäre Aufgabe der Energiepolitik, die Interessen der einzelnen Energieträger, ihren Beitrag zur Energieversorgung und ihre Auswirkungen auf die Umwelt usw. abzuwägen.“³⁵

Ein unabhängiges Gremium werde jedenfalls den von Gerstein beklagten Verlust des Energiekonsenses nicht rückgängig machen können. Schon die Berufung der Mitglieder könne nur im Proporz erfolgen und die bestehenden Konfliktlinien fortschreiben. Der Unterabteilungsleiter wurde noch grundsätzlicher: „Eine ‚Autorität‘, die über den demokratisch legitimierten und verantwortlichen Entscheidungsträgern steht, ist in einem demokratischen Staatswesen nicht vorstellbar“.³⁶ Vielmehr sei Energiepolitik ein Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik und müsse im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gesehen werden. Ein Sachverständigenrat werde den bestehenden Gremien nur ein weiteres hinzufügen und die Gefahr eher noch erhöhen, dass bei der Kohlepolitik keine Kompromisse gefunden und der notwendige langwierige Anpassungsprozess erschwert werden könnte. Abschließend empfahl Böge, zunächst die manifesten Schwierigkeiten der Energiepolitik anzugehen, insbesondere die offene Frage der Atom-müll-Endlagerung, die Steinkohle-subventionen und eine „vorwärts gerichtete, aber realistisch bleibende Energiepolitik gegenüber den regenerativen Energien“. Der Einrichtung eines Sachverständigenrats dagegen bedürfe es nicht, denn „er kann den politischen Willensbildungsprozess weder ersetzen noch den politischen Konsens erzwingen“.³⁷

³⁴ Interview mit Böge, in: Forum für Zukunftsenergien (Hrsg.), 25 Jahre Forum für Zukunftsenergien e.V. Festschrift, Berlin 2014, S. 11f.

³⁵ Vermerk von BMWi III D, 7. April 1988, BAK B 102/33039, S. 3.

³⁶ Ebd., S. 4.

³⁷ Ebd., S. 5.

Damit hatte Böge das Ministerium klar davon distanziert, die Vermittlung partikularer Interessen in der Energiepolitik durch „übergeordnete neutrale Auswertung und Wertung“ umgehen zu wollen. Eine „Autorität“ über den Parteien und Interessen gebe es nicht, der demokratische Kompromiss müsse im Ringen der Meinungen erreicht werden. Zugleich verschaffte er dem ministeriellen Machtanspruch, maßgebliche Instanz in der Energiepolitik zu sein, eine argumentative Grundlage auch gegen Vorschläge aus dem parlamentarischen Raum. Der Vermerk wurde fast wortgleich in eine gemeinsame Stellungnahme mit dem Bundesumweltministerium übernommen, die lediglich ergänzend auf die Bundestags-Enquêtekommision verwies und die Bedeutung der Energieeffizienz hervorhob, und am 14. April dem Bundeskanzleramt zugeleitet.³⁸

III.

In diesem zeitlichen und inhaltlichen Kontext war die Idee entstanden, Forderungen der Erneuerbaren-Branche nach mehr politischer Mitsprache durch die Schaffung eines möglichst breit besetzten Diskussionsgremiums für erneuerbare Energien ohne politische Entscheidungsbefugnisse zu begegnen. Im März 1988 hatte das zuständige Referat im BMWi angeregt, die Bundesregierung solle „Forderungen nach Gründung eines sogenannten ‚Solarforums‘ (in Analogie zum Atomforum) durch Staat, Wissenschaft, Industrie, Landwirtschaft und Umweltverbände unterstützen“.³⁹ Bundeswirtschaftsminister Bangemann lehne einen Sachverständigenrat für Energie ab, notierte sein Sprecher Volker Franzen am 13. April 1988. Der Minister halte es aber für richtig, „ein Energieforum für erneuerbare Energien zu gründen. In diesem Gremium könnten die relevanten Gruppen ihre Auffassungen zum Thema regenerative Energien darlegen“.⁴⁰ Etwa zur gleichen Zeit kamen auch aus den Bundesländern erste Forderungen nach der Gründung eines „Solarforums“, um bestehende Aktivitäten zu bündeln sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch zu organisieren.⁴¹ Und nicht zufällig sprach sich zeitgleich auch der Bundesvorstand der F.D.P. für die Gründung eines „Deutschen Forums Zukunftsenergie“ durch Staat, Wirtschaft und Verbände aus, welches die Chancen der neuen Energien bewusst machen und Markteinführungsstrategien beraten solle.⁴²

Schon am Vortag hatte der parlamentarische Staatssekretär im BMWi,

³⁸ Gemeinsame Aufzeichnung des BMWi und BMU, 11. April 1988, BAK B 102/33039.

³⁹ Aufzeichnung von BMWi III D 1, Leitungsklausur zur Energiepolitik, 7. März 1988, BAK B 102/33038.

⁴⁰ Volker Franzen, Bundesministerium für Wirtschaft, 13. April 1988, BAK B 102/33039.

⁴¹ Vorlage von BMU Z III 5, „Forum für Zukunftsenergien e.V.“, 9. Februar 1989, BAK 295/13436. Vgl. den Bericht im Spiegel über einen Vorstoß des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, in: „Energieforum – ein Flop?“, in: Der Spiegel 24/1989, S. 225.

⁴² Vermerk von BMWi III D 1, 18. April 1988, BAK B 102/33039.

der niedersächsische CDU-Politiker und spätere BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger die ablehnende Haltung seines Hauses gegenüber einem „Sachverständigenrat für Energie“ mitgeteilt. Von Wartenberg übernahm das von Böge entwickelte Argument, ein Sachverständigenrat könne die politische Willensbildung nicht ersetzen und auch keinen Energiekonsens schaffen. Stattdessen regte er an, ein „Energieforum für erneuerbare Energien“ ins Leben zu rufen und darüber in der Bundestagsfraktion zu diskutieren: „In einem solchen Forum sollten alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu Wort kommen. Die Einzelheiten der Ausgestaltung bedürfen noch der sorgfältigen Prüfung“.⁴³

Bereits mit Datum vom 20. Juli 1988 war die erwähnte Große Anfrage zur „Förderung und Nutzung Erneuerbarer Energiequellen in der Bundesrepublik Deutschland“ vom federführenden Bundeswirtschaftsministerium – das BMFT und indirekt das BMU waren beteiligt – beantwortet worden.⁴⁴ Das Wirtschaftsressort verfolgte damit die Absicht, eine prinzipielle Befürwortung der Erneuerbaren bei gleichzeitiger Ablehnung von Markteinführungshilfen zu unterstreichen. Regierung und Fraktionsführung nutzten die Beantwortung der Anfrage auch, um sich offiziell für ein Energieforum auszusprechen: „Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt die Anregungen, ein Forum für erneuerbare Energien zu schaffen. Sie hält es für richtig, wenn sich die interessierte Wirtschaft und Wissenschaft mehr als bisher zusammenschließen, um Initiativen stärker zu bündeln und abzustimmen sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch zu verbessern“.⁴⁵

Die Befürwortenden eines „Forums für Zukunftsenergien“ waren zu diesem Zeitpunkt nicht die einzigen, die den politischen Teilhabeanspruch der erneuerbaren Energien in einer vermittelnden, aber unverbindlicheren Form aufnehmen wollten. In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage hatte das Bundesministerium für Forschung Technologie (BMFT) die Bedeutung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung unterstrichen, die vom Hause Riesenhuber nachdrücklich unterstützt werde: „In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung einen Kreis von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Großforschung berufen, um bei den Großforschungszentren neue Ansatzpunkte zur Erforschung erneuerbarer Ener-

⁴³ Von Wartenburg an Dregger, 12. April 1988, ebd. In einem persönlichen Gespräch mit dem Verfasser erinnerte sich von Wartenberg am 4. November 2020, die Gründung des Forums für Zukunftsenergien sei auch eine „Beruhigungsaktion“ gewesen und habe dazu gedient, Zeit zu gewinnen und „die eigenen Leute zu überzeugen“.

⁴⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Förderung und Nutzung ‚Erneuerbarer Energien in der Bundesrepublik Deutschland‘“, BT Drucksache 11/2684.

⁴⁵ Ebd., S. 4.

gien zu ermitteln“.⁴⁶ Der Hintergrund für diese scheinbar nebensächliche Bemerkung war eine politische Debatte über Forschungsschwerpunkte im Bereich der erneuerbaren Energien, die in den Akten des BMFT überliefert ist und deren Ablauf und Ergebnis bemerkenswerte Ähnlichkeiten zur Auseinandersetzung zwischen Gerstein und dem Bundeswirtschaftsminister aufweist.⁴⁷

Wieder war es öffentliche Kritik von Koalitionspolitikern an der aktuellen Energiepolitik, die eine Suche nach neuen Formen der Interessenvermittlung bei Wahrung der politischen Rahmenbedingungen auslöste. Am 18. Februar 1988 hatte Bundesumweltminister Töpfer in der Frankfurter Rundschau angeregt, ein „Großforschungszentrum für erneuerbare Energien“ einzurichten und dabei deutlich kritisiert, dass sein Kabinettskollege Riesenhuber die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien vernachlässige. Besonders pikant war Töpfers Bemerkung, wenn er bei Veranstaltungen darauf hinweise, dass ein großer Teil der Forschung zu den erneuerbaren Energien in den eigentlich für die Kernforschung zuständigen Zentren Karlsruhe und Jülich stattfindet, „[d]ann lacht doch der ganze Saal“.⁴⁸

Noch am selben Tag analysierten Ministerbüro und Fachreferat im Forschungsministerium die Äußerungen Töpfers und erörterten, wie der angegriffene Minister am besten parieren könnte. Tatsächlich musste man sich eingestehen, dass die jährlichen Forschungsaufwendungen des BMFT mit etwa 25 Mio. DM bei weitem zu gering waren, um dies als Zeichen für eine breite und großzügige Großforschung „wie beabsichtigt zu verkaufen“.⁴⁹ Stattdessen wurde empfohlen, auf den dezentralen und kleinteiligen Charakter der Forschung zu den erneuerbaren Energien hinzuweisen und die bedeutende Rolle der Industrie für künftige Erfolge herauszustellen. Besonders problematisch sei der Mangel an institutioneller Forschungsförderung bei der Solarenergie. Hier müsse ein künftiger Schwerpunkt für die Tätigkeit der Großforschungseinrichtungen (GFE) gesetzt und die industrielle Seite stärker aktiviert werden. Da große Unternehmen in der Solarenergie jedoch noch zurückhaltend seien, werde man eine „Arbeitsgruppe aus Solarindustrie, -wissenschaft und GFE einsetzen, die geeignete Ansätze durchflöht“.⁵⁰

Aus der angedachten Arbeitsgruppe wurde bald ein „Gesprächskreis“, um den informellen Charakter dieser Initiative zu betonen. Noch vor der Sommerpause 1988 gingen Einladungen zur Auftaktsitzung mit Minister Riesenhuber heraus. Das erklärte Ziel war es auch, die zur gleichen Zeit

⁴⁶ Ebd., S. 3f.

⁴⁷ BAK B 196/117014.

⁴⁸ Frankfurter Rundschau, 18. Februar 1988, S. 3.

⁴⁹ Vermerk von BMFT Referat 317, 18. Februar 1988, BAK B 196/117014. Handschriftlicher Kommentar „Das sollte nicht nach außen dringen!“, ebd.

⁵⁰ Ebd.

kursierenden Vorschläge für ein „Forum für Zukunftsenergien“ einzufangen. Die Überlegungen im Wirtschaftsministerium kursierten im BMFT zunächst unter der Bezeichnung „Solarforum“ und wurden mit wachsender Sorge verfolgt, da man ressourcenzehrende Verbandsstrukturen fürchtete und die in diesem Sektor tätigen Unternehmen ja für die eigenen Bemühungen einspannen wollte.⁵¹ In einem Vermerk des zuständigen Referatsleiters vom 3. Juni 1988 wurde der taktische Hintergrund offengelegt: „Solarforum oder Forum Zukunftsenergien sind öffentlich geäußerte und politisch diskutierte Vorschläge mit unterschiedlichen Zielen (z.B. Lobbybildung, Bewertungsstelle, Alibi-Aktivität)“. Der Gesprächskreis des Riesenhuber-Ministeriums hingegen werde den beteiligten Industrieunternehmen eine Gelegenheit bieten, „ohne neue kostenträchtige Vereinsarbeit aus den Solarforumsvorschlägen vernünftig herauszukommen“.⁵²

Am 15. September 1988 traf sich in Bonn zum ersten Mal der „Gesprächskreis erneuerbare Energien beim BMFT“ unter Leitung von Minister Riesenhuber. Die Veranstaltung war sorgfältig vorbereitet worden, brachte aber keinen nennenswerten Ertrag.⁵³ Im Redekonzept für die einführenden Worte des Ministers hieß es, ein gemeinsames Handeln von Staat, Unternehmen und Wissenschaft sei notwendig und der Gedanke eines „Solarforums“ daher nachvollziehbar. Dennoch solle nicht noch ein weiterer Interessenverband entstehen, sondern eine von der Bundesregierung geförderte Organisation der entsprechenden Akteure.

Riesenhubers Ablehnung gegenüber einer weiteren Verbandsgründung war jedoch nicht als Absage an jegliche Form der Interessenvertretung zu verstehen. Zum einen bestand diesem Zeitpunkt mit dem Bundesverband Solarenergie bereits eine Interessenvertretung relevanter Industrieunternehmen.⁵⁴ Zum anderen waren sich die Bundesministerien für Forschung und Wirtschaft - bei aller Ressortkonkurrenz und Meinungsunterschieden über den Organisationsgrad der neuen Strukturen – in ihrer ordnungspolitischen Ausrichtung einig: „In unserer pluralistischen Demokratie sollte daher nicht der Staat, sondern die Betroffenen selbst die zersplitterte Verbandsstruktur bereinigen und eine kräftigere Struktur schaffen. Die Bundesregierung sähe das mit Sympathie und würde sicher über Startprobleme hinweghelfen können (befristete Zuschüsse für Geschäftsstelle und Informationsarbeit).“⁵⁵

51 „Im BMWi liegt ST. v. Würzen ein Vorschlag vor, etwa 10 ‚Solarpersönlichkeiten‘ + BDI + VDEW + BMFT zu einem Gespräch bzgl. ‚Forum für erneuerbare Energien‘ einzuladen“, ebd.

52 Ebd.

53 Ergebnisniederschrift von BMFT Referat 317 zum Gesprächskreis „Erneuerbare Energien“ im BMFT, ebd.

54 Ergebnisbericht zur ordentlichen BSE-Mitgliederversammlung am 4. Mai 1988, Archiv des Forums für Zukunftsenergien.

55 Konzept für die Ministeransprache, BAK B 196/117014.

Der vom BMFT initiierte „Gesprächskreis erneuerbare Energien“ kam über eine erste Sitzung nicht hinaus. Nach der Gründung des „Forums für Zukunftsenergien“ wurden die Teilnehmer des Gesprächskreises darüber informiert, dass künftig das Forum eine „breite Gelegenheit für den Gedankenaustausch zu diesem Thema“ biete.⁵⁶ Vorläufig erwog man im Forschungsministerium jedoch, die ins Rollen gekommene Initiative für ein „Solarforum“ durch die Bereitstellung finanzieller Mittel an sich zu reißen.⁵⁷ Im September 1988 floss dieser Gedanke in einen Entwurf für ein Schreiben von Minister Riesenhuber an seinen Kabinettskollegen Bangemann ein. Das von der Bundesregierung befürwortete „Forum für Zukunftsenergien“ müsse eine Initiative der beteiligten Unternehmen und Forschungseinrichtungen und nicht ein weiterer Verband sein; es bedürfe aber einer Anschubfinanzierung, solange die Industrie noch keine Gewinne erwirtschaftete, und hier könne sich Riesenhuber einen Beitrag von etwa 1 Mio. DM vorstellen. Dem Forschungsminister wurde sogar vorformuliert, auf die Fortführung der eigenen Gesprächsreihe zu verzichten, wenn auch Grundsatzfragen der Forschungspolitik in diesem Gremium erörtert würden: „Sollte sich ein Solarforum bilden, das auch diese Funktion voll erfüllt, könnte der BMFT-Gesprächskreis zum Solarforum verlagert werden“.⁵⁸ Wie sich herausstellen sollte, war dies beim „Forum für Zukunftsenergien“ dann auch der Fall, wengleich dieser Satz im Schreiben an Bangemann schließlich gestrichen wurde.⁵⁹

IV.

Mit der geplanten Gründung des Forums hatte das Bundeswirtschaftsministerium einen wesentlichen Baustein seiner energiepolitischen Linie gefunden und konnte nun mit weiteren öffentlichen Vorstößen umgehen, die die öffentliche Debatte und den politischen Streit weiter anzuheizen drohten. Im Oktober 1988 diskutierte die Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU Bundestagsfraktion über einen Vorschlag des Unionsabgeordneten Kurt Biedenkopf für eine Enquête-Kommission zum Energie-Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft. Damit wollten die Parlamentarier nicht nur die anstehende Deregulierung der Energiewirtschaft politisch begleiten. Vielmehr hofften einige von ihnen - wie schon Gerstein im Frühjahr unter der

⁵⁶ Schreiben des BMFT an die Teilnehmer des Gesprächskreises „erneuerbare Energien“, 1. September 1989, BAK 295/13436.

⁵⁷ „BMW will Solarforum an sich binden, um etwas Aktivität zu zeigen. [...] Wenn wir die Sache an uns ziehen wollen, müsste BMFT nur Geld in dieser Höhe [1 Mio. DM] anbieten“, Vermerk von BMFT Referat 317, Solarforum und BMFT Gesprächskreis, 20. September 1988, BAK B 196/117014.

⁵⁸ Schreibenentwurf für Minister Riesenhuber, ebd.

⁵⁹ Schreiben von Riesenhuber an Bangemann, 20. September 1988, BAK B 196/142888.

Überschrift „Energiekonsens“ – auf weitere Impulse zugunsten der Kohle- und Kernenergie. Dennoch wurde der Vorschlag von den Beamten des Wirtschaftsministeriums in einem Vermerk für Staatssekretär von Wartenberg negativ beurteilt. Das zuständige Referat hielt es in seiner Stellungnahme für unwahrscheinlich, „daß eine Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zu einer einheitlichen Bewertung in der Kohle- und Kernenergiepolitik gelangt. Im Ergebnis wäre sogar eher mit einer größeren Publizität der politischen Auseinandersetzung und des politischen Streites zu rechnen“.⁶⁰

Während auch Böge mit Blick auf die anstehende europäische Diskussion ausdrücklich vor negativen Auswirkungen auf die Kohlepolitik warnte,⁶¹ verwies Biedenkopf etwas später auf den politisch-strategischen Zusammenhang. Am Rande einer Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU Bundestagsfraktion im November 1988 hatte von Wartenberg ihm den Vermerk des Ministeriums zu lesen gegeben. Der spätere sächsische Ministerpräsident notierte dazu in einer handschriftlichen Stellungnahme, es sei ihm nicht allein um die europapolitischen Aspekte, sondern auch um die umweltpolitisch immer drängendere Forderung nach einer Revision des Energiewirtschaftsrechts gegangen – gemeint war hier auch die Förderung der erneuerbaren Energien. Er glaube nicht, dass man sich dem werde entziehen können: „Der vor allem auch umweltpolitisch begründete Druck wird zunehmen. Statt reaktiv sollte man aktiv handeln und die voraussichtliche Entwicklung kanalisieren“.⁶²

Genau in diesem Sinne hoffte das Bundeswirtschaftsministerium mit der Gründung des „Forums für Zukunftsenergien“ die Forderungen nach einer ökologischeren Politik in geordnete Bahnen lenken zu können. Ebenso wie Biedenkopf war den Beamt:innen klar, dass die öffentliche und politische Debatte den Druck auf die Koalition weiter erhöhen würde, weitergehende Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu ergreifen. Man blieb den erneuerbaren Energien gegenüber jedoch skeptisch, weniger aus Ignoranz oder dogmatischer Ablehnung, als vielmehr aus einer gesamthaften Betrachtung, die andere wirtschafts- und energiepolitische Belange berücksichtigte. In einer im Oktober 1988 entstandenen Ausarbeitung der Energie-Abteilung über „Energiepolitische Schwerpunkte der zweiten Hälfte der Legislaturperiode“ wurde klargestellt, dass fossile Energieträger zu den Hauptverursachern des anthropogenen Treibhauseffekts gehörten.⁶³ „Bei ungebremster Ent-

⁶⁰ Vermerk von BMWi III D 1, 28. September 1988, BAK B 102/33040.

⁶¹ Handschriftlicher Zusatz „Die anstehenden Auseinandersetzungen in der EG wie die Auswirkungen auf die Kohlepolitik raten zur Vorsicht gegenüber einem solchen Vorschlag. Gesamtvotum (so auch Abt. E) negativ“, ebd.

⁶² Notiz von Biedenkopf, „aus den Unterlagen des Herrn Parl. StS Dr. von Wartenberg“, ebd.

⁶³ Aufzeichnung von BMWi III D 5, 25. Oktober 1988, BAB B 102/330040.

wicklung müsste allein aufgrund der CO₂-Emissionen innerhalb der nächsten 50 bis 100 Jahre mit einem weltweiten Temperaturanstieg von 1,5 bis 4,5 Grad Celsius gerechnet werden“.⁶⁴ Zwar sei die Bundesrepublik derzeit nur mit etwa 4% an den weltweiten Emissionen beteiligt, doch sei zu erwarten, dass die Debatte über die Erderwärmung unvermeidlich Auswirkungen auf die Energieversorgung haben werde.⁶⁵

Was daraus für die „Politik der erneuerbaren Energien“ folgte, und welcher erstaunlich hohen Stellenwert man dabei dem Forum beimaß, fasste eine zur gleichen Zeit entstandene Ausarbeitung aus dem zuständigen Referat zusammen.⁶⁶ Der Versorgungsbeitrag von regenerativem Strom sei nach wie vor gering, seine Wirtschaftlichkeit auch aufgrund der geographischen und klimatischen Bedingungen in Deutschland zumeist nicht gegeben. Dennoch setze sich die Bundesregierung seit der ersten Ölkrise für die erneuerbaren Energien ein. Neben Forschungsmitteln und dem „Hinwirken auf faire Stromeinspeisevergütungen“⁶⁷ – gemeint war wohl die bereits bestehende Verbändevereinbarung – gehöre dazu die Gründung eines „Forums für Zukunftsenergien“ samt Bereitstellung finanzieller Mittel aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums. Dessen Aufgabe liege in einer Bündelungs- und Kommunikationsfunktion zugunsten der erneuerbaren Energien: „Organisatorisch fehlt bisher ein wirkungsvolles gemeinsames Sprachrohr. Die Vielzahl von Technologien, Herstellern, Anwendern, Vorstellungen und Verbänden läßt gemeinsames Ziel häufig zurücktreten“.⁶⁸

Demgegenüber habe die Bundesregierung „vehemente Forderungen“ nach Markteinführungshilfen geprüft und abgelehnt, da der Subventionsbedarf hoch und die Wettbewerbsverzerrung groß sei. All diese Maßnahmen, so war man sich im Ministerium mit Biedenkopf einig, würden der Koalition lediglich helfen, Zeit zu gewinnen. „Der Druck auf die Bundesregierung wird sich vor allem mit Umwelt und Klimaargumenten verstärken [...] mit der prioritären Forderung nach ‚Substitution der fossilen Energieträger‘ vor allem durch erneuerbare Energien“.⁶⁹ Politischer Handlungsbedarf aber bestehe zunächst vor allem darin, die „Bemühungen für ein Forum zugunsten der Erneuerbaren Energien“ weiter zu unterstützen.⁷⁰

64 Ebd., S. 5.

65 Ebd., S. 6.

66 Aufzeichnung von BMWi III C 5, 21.10.1988, BAB B 102/330040.

67 Ebd., S. 1.

68 Ebd., S. 3.

69 Ebd., S. 5.

70 Ebd.

V.

Am 15. Juni 1989 eröffnete Bundeswirtschaftsminister Haussmann die Gründungsveranstaltung des „Forums für Zukunftsenergien“. In seiner Rede unterstrich er den übergreifenden und interdisziplinären Ansatz der neuen Institution, aber auch die gewollte Konzentration auf die erneuerbaren Energien insgesamt: „Einmütig haben sich die Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Solarverbände, die dieses Forum tragen, deshalb darauf verständigt, nicht ein reines Solarforum zu gründen. Aber sie wollen zunächst den erneuerbaren Energien zu größerer Marktfähigkeit verhelfen“.⁷¹ Die Aufgabe, den Energiekonsens im Land zu stärken, hob der stellvertretende Vorstand des Forums, der Leiter der Energieforschung am Deutschen Institut für Luft- und Raumfahrt Prof. Dr. Carl-Jochen Winter, in seiner Rede hervor.⁷² Winter sprach viele Aspekte der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz an, ihren Beitrag zum Umweltschutz und die Frage der Versorgungssicherheit, besonders auch die Internalisierung der Kosten von umweltrelevanten Energiesystemen. Was die Aussichten auf eine Erneuerung des Energiekonsenses betraf, fügte er der Chance auch das Risiko hinzu: Da alle relevanten Gruppen beteiligt seien, berge dies die Gefahr, „unter den Einflüssen vieler Seiten die eigene Linie zu verlieren, vielleicht gar nicht erst zu finden“.⁷³

Der Kreis der Gründungsmitglieder war tatsächlich denkbar weit gezogen und trug damit dem Anliegen der Ministerialbürokratie Rechnung, eine möglichst breite Plattform für die „Vielzahl von Technologien, Herstellern, Anwendern, Vorstellungen und Verbänden“⁷⁴ zu schaffen und eben nicht einzelnen Vertretern der regenerativen Energien allzu großen Raum zu geben. Tatsächlich musste man Exponenten der Erneuerbaren-Graswurzelbewegung und ökologischer Gruppen mit der Lupe suchen. Im Vorstand vertreten waren neben Abgesandten aus Forschungseinrichtungen vor allem Verbände und Führungspersönlichkeiten der Wirtschaft, und zwar als Vertreter aller Wertschöpfungsstufen und Erzeugungsformen – (vorwiegend industrielle) Technologieanbieter, Versorger und Verbraucher aus Solarwirtschaft, Windenergie, konventioneller Erzeugung und Atomenergie.

Die Nuklearwirtschaft war zwar nicht mit dem „Deutschen Atomforum“ als

⁷¹ FFForum für Zukunftsenergien (Hrsg.), Chronik des Forums für Zukunftsenergien e.V. aus Anlass seines 25jährigen Jubiläums im Jahr 2014. Berlin o.J. (2015), http://www.zukunftsenergien.de/fileadmin/user_upload/zukunftsenergien/Dokumente/2015-11-27_Chronik.pdf (zuletzt aufgerufen am 14. August 2022), S. 4. Hervorhebung durch den Autor.

⁷² Rede von C.-J. Winter, „Zukunftsenergien und Forschung“, 15. Juni 1989, Archiv des Forums für Zeitgeschichte.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Aufzeichnung von BMWi III C 5, 21. Oktober 1988, BAK B 102/330040.

ihrem wichtigsten Verband, wohl aber durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wichtiger Hersteller und Betreiber vertreten. Die in den Ministerien ursprünglich kursierenden Bezeichnungen wie „Solarforum“ und „Forum für erneuerbare Energien“ wurden begrifflich weiter gefasst, womit auch den Wünschen des Atomforums und der Industrieverbände entsprochen wurde, denen eine Anerkennung der nuklearen und fossilen Erzeugungstechnologien als „Zukunftsenergien“ wichtig war.⁷⁵

Dank einer Anschubfinanzierung des Bundeswirtschaftsministeriums in Höhe von 5 Mio. DM konnte die Arbeit 1989/90 in zunächst vier Arbeitskreisen beginnen. Vorstand und Geschäftsstelle des Forums wurden ergänzt durch ein Kuratorium, dem ex officio Staatssekretäre der drei Ressorts – BMWi, BMFT und BMU – sowie die zuständigen Landesminister angehörten.⁷⁶ Seine Gründungsmitglieder formulierten den Auftrag des Forums dahingehend, „dass diese Organisation als Mittler den energiepolitischen Dialog zwischen den zum Teil widerstreitenden Meinungen führen, versachlichen und so zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einem breiteren energiepolitischen Konsens beitragen solle“.⁷⁷ Von energischen Forderungen nach neuen Fördermaßnahmen und Gesetzesänderungen, von politischem Streit und engagierter Parteinahme war in diesem Manifest nicht die Rede, das Bundeswirtschaftsministerium konnte mit dem Auftakt zufrieden sein.

Noch deutlicher formulierte im Oktober 1990 der Vorstandsvorsitzende der VEBA AG und zugleich Mitglied im Vorstand des Forums, Hans-Dieter Harig, wie sich die neugegründete Organisation im Kampf der Überzeugungen und Interessen positionieren solle.⁷⁸ Einigkeit bestehe im Ziel, die Luftverschmutzung und den Treibhauseffekt durch fossile Energieerzeugung zu bekämpfen, gestritten werde aber über den Weg dahin. Während die etablierten Erzeugungsformen über „tatsächlich oder vermeintlich mächtige“ Interessenvertretungen verfügten, fühlten sich die „gelegentlich noch weltanschaulich motiviert[en]“ Befürworter:innen der erneuerbaren Energien „wohl manchmal ohnmächtig gegenüber den ‚Etablierten‘“.⁷⁹ Eine Konsensbildung sei aber nur möglich, wenn einzelne Interessengruppen nicht versuchten, das Forum für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dies

⁷⁵ Aufzeichnung von BMWi III D 1, Leitungsklausur zur Energiepolitik, 7. März 1988, BAK B 102/330038; Vermerk von Z III 5, 9. Februar 1989, BAK B 295/13436; Vgl. Czada, Roland, Regierung und Verwaltung als Organisation gesellschaftlicher Interessen, in: Wewer, Götrik (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik III, Wiesbaden 1991, S. 151-174, hier S. 161.

⁷⁶ Forum für Zukunftsenergien, Festschrift, S. 61-67.

⁷⁷ Ebd., S. 8.

⁷⁸ Selbstverständnis des Forums für Zukunftsenergien, Statement von Dr.-Ing. Hans-Dieter Harig, 25. Oktober 1990, Archiv des Forums für Zukunftsenergien.

⁷⁹ Ebd., S. 6.

sei zunächst mit der Gründung eines „Solarforums“ beabsichtigt worden, durch die Öffnung für alle „Zukunfts-energien“ aber in die richtige Bahn gelenkt worden. Harig bekräftigte damit ein Verständnis politischer Prozesse, wonach gewissermaßen die „übergeordnete Wertung und Auswertung“ dem Streit partikularer Interessengruppen samt politischer Mehrheitsentscheidung durch die Politik überlegen sei: „Konsens bietet die Chance, vernünftige Lösungen rechtzeitig zu verwirklichen“.⁸⁰

Im Verlaufe der 1980er Jahre konnten die staatlichen Akteure die gesellschaftliche Pluralität und mit ihr den Anspruch neuer Gruppen – wie hier der Befürworter:innen von erneuerbaren Energien – auf politische Mitsprache nicht mehr schnell und ausreichend befriedigen. Dieses Leistungsdefizit versuchte die Regierung 1988/89 dadurch zu füllen, dass sie neue Kooperations- und Diskussionsformen ersann, die den Forderungen nach Mitsprache zumindest äußerlich nachkommen sollten. Das „Forum für Zukunftsenergien“ war durch seine besondere Organisationsform dafür exemplarisch, lediglich den übergreifenden unverbindlichen Dialog, nicht aber die öffentlichkeitswirksame, streitbare Auseinandersetzung mit der Energiepolitik der Bundesregierung zu ermöglichen. Wie bei anderen Beiräten und Kommissionen, die auf Initiative der Regierung gegründet werden, um diese zu beraten, ergaben sich auch im Fall des Forums zusätzliche „Einflusskanäle für Interessengruppen“.⁸¹ Sie waren in diesem Fall jedoch nicht institutionalisiert und auch nicht unabhängig (man denke an die Anschubfinanzierung), sondern gleichsam eine Form der abgemilderten Selbst-Lobbyierung.⁸²

Das „Forum für Zukunftsenergien“ war der politische Versuch der Kohl-Regierung, die unterschiedlichen und teils gegenläufigen politischen Kräfte von der Steinkohle und Atomenergie bis hin zu den Umweltgruppen und der Wind- und Wasserkraft einzubinden, ohne dabei das vorherrschende wirtschafts- und energiepolitische Paradigma aufzugeben. Es war zugleich der Versuch, in den medialen und koalitionsinternen Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs in der Energie- und Klimapolitik mit- und gegenzuhalten und dabei „ökologische Legitimität zu gewinnen“.⁸³ Im Sinne einer erfolgreichen Interessenvermittlung, die die Prämie der Bundesregierung wahrte und zugleich neue Interessengruppen einband, war eine Politik, wie sie in der Gründung des „Forums für Zukunftsenergien“ zum Ausdruck kam, nicht völlig erfolglos. Denn die insgesamt doch dominierende Exekutive vermochte vorläufig das Entstehen weiterer Organisationen zu verhindern, die wie ein „Sachverständigenrat für Energiefragen“ ihre eigene

80 Ebd., S. 13.

81 Reutter, Verbände, S. 150.

82 Czada, Regierung, S. 162.

83 Wirsching, Abschied, S. 377.

Autorität hätte schmälern können, und konnte zugleich einen Kontrapunkt zur Enquête-Kommission des Bundestags setzen.

Zugleich versuchte sie, ganz im Sinne Kurt Biedenkopfs die „voraussichtliche Entwicklung [zu] kanalisieren“ und mit einer zunächst staatlich finanzierten Gesprächsplattform eine „Bündelung der Interessen“ zu erreichen.⁸⁴ Dass diese Interessenbündelung letztlich nicht vollständig gelang, zeigte bald die Gründung schlagkräftiger Verbände der erneuerbaren Energien, wie etwa des Bundesverbands Erneuerbare Energien im Jahr 1991.⁸⁵ Doch bedurfte es eines politischen Machtwechsels, um eine grundlegende Richtungsänderung in der Politik der erneuerbaren Energien herbeizuführen, wie sie dann mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder erfolgte. Das „Forum für Zukunftsenergien“ jedoch - einst als Instrument einer Politik der Interessenvermittlung der Regierung Kohl gegründet - besteht bis zum heutigen Tag fort.

⁸⁴ Zur Abgrenzung Reutter, Verbände, S. 134f. und S. 150 (Beiräte als „Belege für die Herausbildung korporatistischer Strukturen“).

⁸⁵ Uekötter, Umweltgeschichte, S. 77.

Instrumente des politischen Interessenausgleichs: Zusammenfassung einer abendlichen Debatte

Welche Absichten und grundlegenden Auffassungen waren für die Gründung des Forum für Zukunftsenergien durch die Bundesregierung von Helmut Kohl im Jahr 1989 ausschlaggebend? Und welchen Einfluss hatten die Interessen von Industrie und Energiewirtschaft im Kontext der immer lauter werdenden gesellschaftlichen Rufe nach einer ökologischen Neuausrichtung der Energieversorgung mittels erneuerbarer Energien in den 1980er Jahren auf die Gründung des Forum für Zukunftsenergien durch das Bundeswirtschaftsministerium im Jahre 1989? Diese Fragen veranlassten Wolfgang Dierker anlässlich der ausgelaufenen 30-jährigen Sperrfrist, Einsicht in die Akten der Bundesministerien zu nehmen und die Diskussionen Revue passieren zu lassen, die dem Gründungsakt vorangingen. Seine Arbeit förderte das Bestreben der damaligen Politik zu Tage, den verloren geglaubten Konsens in der Energiepolitik wiederherzustellen, indem den verschiedenen Interessengruppen im Forum der energiepolitische Dialog ermöglicht wurde. Dabei ging es in erster Linie um die Integration neuer Akteure, allen voran der Akteure der Erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes und ihrer Interessen. In Anbetracht des Umstands, dass die Energiepolitik bis dahin von einem kleinen Kreis, vornehmlich Politikern, Verwaltungsbeamten und Unternehmen der Industrie und Energiewirtschaft, definiert wurde, ein bemerkenswerter politischer Schritt hin zu größerer Offenheit und der Bereitschaft, sich der gedanklichen Auseinandersetzung zu stellen.

Die geschichtswissenschaftliche Arbeit, die Wolfgang Dierker mit dem Abschluss seiner Spurensuche in den Archiven rund um die Gründungsgeschichte des Forum vorgelegt hat, war für den Autor und die Geschäftsführerin Dr. Annette Nietfeld der Anlass, über die verschiedenen Instrumente des politischen Interessenausgleichs zu diskutieren und diese miteinander zu vergleichen. Dazu wurden Politiker der Fraktionen im Deutschen Bundestag, Politiker auf Landes- und Gemeindeebene sowie Gewerkschaftsvertreter, Journalisten, Kommunikationsexperten und Vertreter von Umweltschutzverbänden Anfang September 2022 eingeladen. Sie sollten vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Erfahrungen, z.B. als Beiratsmitglieder in verschiedenen Kommissionen (Ethikrat, sogenannte Kohlekommission, Räte auf der Gemeindeebene), als Gestalter von Kampagnen und Kommunikationsstrategien, als Politiker oder Unternehmer, unter Anwendung der ‚Chatham House Rule‘ über die politischen Möglichkeiten der Konsensfindung in der heutigen Zeit, über die Bestandsdauer getroffener Vereinbarungen und damit über die Glaubwürdigkeit dieser Vereinbarungen debattieren. Zu den Gästen zählten u.a. Jochen Homann, früherer Staatssekretär im BMWi und Präsident der Bundesnetzagentur a.D., Frank Bsirske, MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Mitglied des Präsidiums des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft

e.V., und Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e.V.

Mit der Feststellung Dierkers, dass die Gründung des Forum für Zukunftsenergien durch die Regierung Kohl in den Jahren 1988 und 1989 nicht nur die Integration der Interessen der aufstrebenden Umwelt- und Klimabewegung zum Ziel hatte, sondern auch dem Erhalt der eigenen Steuerungs- und Handlungsfähigkeit dienen sollte,¹ wurde die Debatte unter den geladenen Gästen zum Thema „Wandel der Instrumente des politischen Interessenausgleichs“ eröffnet. Unter Bezugnahme auf die Ethikkommission und die sog. Kohlekommission debattierten die Mitwirkenden zunächst über die Frage, ob die Regierung der Großen Koalition mit dem Einberufen dieser Kommissionen die Bewahrung der eigenen politischen Autorität und Handlungsfähigkeit oder die Auslagerung der politischen Verantwortung für den Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung bezweckte. Mit der Gründung dieser vermeintlich unabhängigen und übergreifenden Institutionen habe die Bundesregierung ihren Auftrag zur politischen Konsensfindung ‚outgesourct‘, so eine Argumentationslinie. Uneinig blieben sich die Mitwirkenden jedoch bei der Antwort auf die Frage, ob die einberufenen Kommissionen nicht etwa eine reine Alibi-Funktion zu erfüllen gehabt hätten, die dem politisch gefassten Beschluss zum Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Kernenergie die nötige Legitimierung verschaffen sollte. Einige der Mitwirkenden argumentierten, dass gerade diese beiden Kommissionen das bestehende politische System der parlamentarischen Demokratie konserviert hätten, indem ihnen die Aufgabe zufiel, den gesellschaftspolitischen Druck in eine Entscheidung zu gießen und der Regierung gleichfalls das nötige Narrativ zu liefern, um etwa den Kohleausstieg gegenüber den Betroffenen und den energieintensiven Industrien überzeugender zu kommunizieren.

Dieser These wurde entgegengehalten, dass die Politik, indem sie den Empfehlungen einer Kommission folge, sich ihrer Steuerungsfähigkeit selbst beraubt habe. Darauf folgte der Hinweis, dass die Integration der gegenläufigen Ansichten der verschiedenen Kommissionsmitglieder, deren Zusammensetzung den für eine Demokratie kennzeichnenden Pluralismus abbilde, im Rahmen der Empfehlungsformulierung besonders überzeugend gelinge und die Meinungsbildung im Parlament dadurch nicht leide. Ebenfalls wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern die formulierten Empfehlungen eines Rates oder einer Kommission Gewicht haben könnten, wenn das Ergebnis der Beratungen politisch oder gesellschaftlich vorformuliert sei. Unbeantwortet blieb die Frage, ob das Bestreben der Politik, die Interessen von Verbänden oder Initiativen auf diese Art und Weise in den Willensbildungsprozess zu integrieren, Ausdruck des demokratischen Pluralismus sei

¹ Dierker, Energiekonsens, Berlin 2022, S. 15 in diesem Band.

oder ob sich die gewählten Volksvertreter gegenüber dem Druck von Bürgerinitiativen, Medien und Kampagnen im Rahmen der klassischen Wege wie Wahlen, Plenarreden etc. behaupten können sollten.

Durch die Zusammensetzung unterschiedlicher Räte insbesondere auf kommunaler Ebene würden – so weitere Anmerkungen – bestimmte politische Entscheidungen im Vorfeld gesteuert, ohne dass die Interessen der Mehrheit der Bürger vor Ort berücksichtigt würden. Besonders in den Medien würden die Empfehlungen oder Abschlussberichte dieser Räte fälschlicherweise eine ähnlich fachliche Kompetenz beigemessen wie die Handlungsempfehlungen von mit Experten besetzten Kommissionen.

Über die Fähigkeit zur Vermittlung politischer Inhalte und Interessen durch den Journalismus wurde ebenfalls rege diskutiert. Die Argumentationslinie folgte dem Grundsatz: „Das Beste Narrativ gewinnt!“. Nur diejenigen Interessen, die in der politischen Kommunikation am geschicktesten vor allem die sozialen Dimensionen abbildeten, hätten eine Chance, Eingang in die politische Willensbildung zu finden. Folglich müssten ökonomische oder ökologische Interessen dergestalt kommuniziert werden, dass sie überzeugend einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Die breit angelegten Kampagnen in Sozialen Medien, die die Interessen und Argumente der Klima- und Umweltschützer in die breite Öffentlichkeit getragen und der Politik den Arbeitsauftrag zur Einleitung der Energiewende mit einer ungeahnten Dringlichkeit vermittelt hätten, stützten diese These.

Fazit

Wolfgang Dierker hat in seiner Arbeit zwei sich gegenüberstehende Auffassungen zur Energiepolitik in den 1980er Jahren aufgezeigt. So vermisste Ludwig Gerstein, energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion, den einst s. E. vorhandenen „Energiekonsens“ in der Gesellschaft. Er entwickelte seine Überzeugung im Sinne eines homogenen Politikverständnisses, wonach einander widersprechende Einzelinteressen in der Energiepolitik nicht förderlich seien und durch eine „übergeordnete neutrale Auswertung und Wertung integriert werden müssten“. Die Gegenposition vertrat Dr. Ulf Böge, Leiter einer Planungsgruppe für Minister Bangemann im BMWi und späterer Präsident des Bundeskartellamtes. Er forderte den Wettbewerb der Meinungen und Wertungen als Bestandteil des demokratischen Willensbildungsprozess. Dierker hat präzise herausgearbeitet, wie es vor diesem Hintergrund der unterschiedlichen Auffassungen zur Gründung des Forum für Zukunftsenergien kam. Nun – mehr als 30 Jahre später – kann sicherlich das Fazit gezogen werden, dass eine Autorität, die über den demokratisch legitimierten und verantwortlichen Entscheidungsträgern steht, in einem demokratischen Staatswesen nicht vorstellbar ist und das Forum für

Zukunftsenergien seiner Aufgabe, den von Dr. Böge geforderten Wettbewerb zu organisieren, erfolgreich nachgekommen ist. In Anbetracht all der aktuellen kriegsbedingten Entwicklungen und der vermehrten Sorge um die zukünftige Versorgungssicherheit wird das Forum für Zukunftsenergien dieser Aufgabe auch weiterhin nachkommen und kann das aufgrund seiner Unabhängigkeit von vorgegebenen Interessen in besonders glaubhafter Weise. Mit Blick auf die schnell in die Welt gesetzten Fakenews, bestellten Gutachten und Kampagnen ein Faktum mit besonders hohem Stellenwert.

Teilnehmer am Gesprächsabend: Instrumente des politischen Interessenausgleichs

Name	Position	Institution
Kerstin Andreae	Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Mitglied des Präsidiums	BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
Dr. Sebastian Bolay	Bereichsleiter Energie, Umwelt, Industrie	DIHK - Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.
Frank Bsirske, MdB		Deutscher Bundestag-Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Esther Chrischilles	Ressortkoordinierung Wirtschaft und Klimaschutz	Bundesministerium der Finanzen
Dr. Wolfgang Dierker	Managing Director, Policy & Strategy	Apple Germany & Austria
Christian Geinitz	Wirtschaftsredakteur	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Jochen Homann	Präsident a.D.	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Marcel Keiffenheim	Leiter Energiepolitik	Greenpeace Energy eG
Sascha Müller-Kraenner	Bundesgeschäftsführer	Deutsche Umwelthilfe e.V.
Dr. Annette Nietfeld	Geschäftsführerin	Forum für Zukunftsenergien e.V.
Dr. Kai Uwe Pritzsche		Rechtsanwalt

Name	Position	Institution
Bastian Roet	Bezirksverordneter FDP-Fraktion	Bezirksverordnetenver- sammlung Berlin-Mitte
Dr. Utz Tillman	ehem. Hauptgeschäfts- führer	VCI Verband der Che- mischen Industrie e.V.
Dr. Hans Wolf von Koeller	Leiter Energiepolitik und Bevollmächtigter der Geschäftsführung	STEAG GmbH
Thomas Wimmer	Managing Director	Hill + Knowlton Strate- gies GmbH
Christian Wolf, MdA	Sprecher für Ener- giepolitik der FDP-Fraktion	Abgeordnetenhaus von Berlin

Bildnachweis:

© Die Hoffotografen GmbH: S. 3

© Wolfgang Dierker: S. 9

Impressum**Herausgeber:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.

Reinhardtstr. 3

10117 Berlin

www.zukunftsenergien.de

Texte & Layout:

© 2022 Forum für Zukunftsenergien e.V., Berlin



Klimaneutral

Druckprodukt

ClimatePartner.com/11180-2210-1003

